



**Ermächtigung zum Vertragsabschluss (decreto o determina a contrarre)
Dekret der Schulführungskraft über einen öffentlichen Auftrag
(Lieferung oder Dienstleistung)**

**Dekret der Schulführungskraft Nr. 21 vom 12.02.2024
(Veröffentlichung auf der Webseite der Schule, G.v.D. Nr. 33/2013)**

Die Führungskraft der Fachschule für Landwirtschaft, Hauswirtschaft und Ernährung Dietenheim

hat in folgende Rechtsvorschriften Einsicht genommen:

in das Dekret des Landeshauptmanns Nr. 22/2018, welches im Artikel 18, Absatz 1, vorsieht, dass der Direktor für die einheitliche Führung der Schule sorgt und ihr gesetzlicher Vertreter ist,

in das Dekret des Landeshauptmanns Nr. 22/2018, welches im Artikel 18, Absatz 9, vorsieht, dass der Direktor alle Maßnahmen in Bezug auf die Verwaltung des Vermögens trifft und im Rahmen des vom Schulrat genehmigten Finanzbudgets über die Verwendung der Geldmittel zur Durchführung der in die Kompetenz der Schule fallenden Tätigkeiten verfügt,

in das Dekret des Landeshauptmanns Nr. 22/2018, in geltender Fassung, welches im Artikel 8, Absatz 6, vorsieht, dass die Berufsbildungsschulen, sowohl einzeln auch im Schulverbund, Verträge mit Universitäten, mit Körperschaften, Unternehmen, Vereinigungen oder mit einzelnen Fachleuten, die einen Beitrag zur Umsetzung besonderer Ziele leisten können, abschließen können,

in das Dekret des Landeshauptmanns Nr. 38/2017, in geltender Fassung, welches im Artikel 27 Absatz 1, vorsieht, dass Schulen, unbeschadet der spezifischen Einschränkungen, die von Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie von dieser Verordnung vorgegeben sind, im Rahmen ihrer institutionellen Ziele volle Verhandlungsautonomie haben und im Artikel 28, Absatz 2, Buchstabe a), dass die Schulen im Rahmen der Vertragsautonomie Lieferverträge und Dienstleistungsverträge abschließen können,

in den Artikel 26, Absatz 1, Buchstabe b, des Landesgesetzes Nr. 16/2015, in geltender Fassung, und in den Artikel 50, Absatz 1, Buchstabe b, des GvD Nr. 36/2023, welche vorsehen, dass bei Lieferungen und Dienstleistungen mit einem Betrag unter 140.000 Euro, ein Direktauftrag erteilt werden kann,

in das Landesgesetz Nr. 16/2015, in geltender Fassung, welches im Artikel 5, Absatz 6, vorsieht, dass Schulen verpflichtet sind, auf die Vereinbarungen des Landes (Agentur für Verträge) zurückzugreifen oder die von diesen Vereinbarungen vorgegebenen Preis- und Qualitätsparameter beim Erwerb von vergleichbaren Gütern und Dienstleistungen als nicht überschreitbare Schwelle heranzuziehen,

in das Landesgesetz Nr. 1/2002, in geltender Fassung, welches im Artikel 21/ter, Absatz 1, vorsieht, dass bestimmte öffentliche Auftraggeber des Landes, wie Schulen, nur auf die Rahmenvereinbarungen zurückgreifen, die von der Agentur für Verträge in ihrer Eigenschaft als Stelle für Sammelbeschaffungen abgeschlossen werden,



in das Landesgesetz Nr. 1/2002, in geltender Fassung, welches im Artikel 21/ter, Absatz 2, vorsieht, dass die Anbieter auf dem elektronischen Markt Südtirols zu berücksichtigen sind,

in das Landesgesetz Nr. 1/2002, in geltender Fassung, welches im Artikel 21/ter, Absatz 5, vorsieht, dass die Schulen verpflichtet sind, die Richtpreise der Agentur für Verträge für einzelner Güter und Dienstleistungen zu berücksichtigen,

in den Artikel 49, Absatz 1 des GvD Nr. 36/2023, in geltender Fassung, welcher vorsieht, dass bei Ankäufen unter dem EU-Schwellenwert, also auch bei Direktvergaben unter 140.000 Euro, in der Regel, der Grundsatz der Rotation berücksichtigt werden muss, in den Artikel 49, Absatz 4, welcher die zu begründenden Fälle aufzeigt, in welchen man vom Grundsatz der Rotation abweichen kann und in den Absatz 6, welcher vorsieht, dass bei Vergaben unter 5.000 Euro, der Grundsatz der Rotation keine Anwendung finden muss,

in den Beschluss der Landesregierung Nr. 547/2023, welcher in der Anwendungsrichtlinie Nr. 4, „Direktvergaben“, unter Ziffer 3 die Markterhebung und das Rotationsprinzip behandelt und die Fälle aufzeigt, in welchen der Grundsatz der Rotation Anwendung findet und Fälle, in welchen die Rotation keine Anwendung findet,

in das Dekret der Führungskraft der Fachschule für Landwirtschaft, Hauswirtschaft und Ernährung Dietenheim Nr. 20 vom 06.02.2024, mit welchem die Verfahrensverantwortlichen (Phasenverantwortlichen) für die Planungs-, Entwurfs- und Ausführungsphase im Sinne des gesetzesvertretenden Dekretes 36/2023, Neuer Vergabekodex, Artikel 15, Absatz 4, für alle Verfahren bis zu einem Auftragswert bis 40.000€ für den Dreijahreszeitraum 2024-26 ernannt werden;

hat festgestellt,

dass folgende **Dienstleistung** durchzuführen ist: Am Käsereifeschrank, der im Milchverarbeitungsraum der Fachschule für Landwirtschaft in Verwendung ist, müssen mehrerer Wartungs- und Reparaturarbeiten vorgenommen werden, wie z.B.

der Austausch der Befeuchterdüse, die Kontrolle der Parameter Luftfeuchte und Temperatur, die Reinigung des Ventilators und dessen Abdeckung usw.

Der Käsereifeschrank funktioniert nur dann optimal, wenn alle Einstellungen und Vorrichtungen exakt funktionieren.

Dies ist wichtig, um die Produktion zu sichern, so dass keine Mängel an den gelagerten Käseprodukten entstehen können.

Für die Lagerung benötigen wir zudem einige zusätzlichen Inoxgitter um im Reifeschrank anzahlmäßig mehr Käselaibe lagern zu können.

Der Auftrag wird an Firma Ungerer vergeben, da der Reifeschrank bei Fa. Ungerer angekauft worden ist, sie das Gerät und seine Funktionen genau kennen und sie somit Wartung und Nachkäufe am besten durchführen können.

hat festgestellt, dass als geeigneter Vertragspartner das **Unternehmen** Ungerer KG ausgewählt wurde und die detaillierte Begründung für die Auswahl des Vertragspartners, in der Anlage 1, welche wesentlicher Bestandteil dieses Dekrets ist, angeführt ist,

hat festgestellt, dass der Ankauf unter Einhaltung der geltenden Bestimmungen für öffentliche Aufträge durchgeführt wird,

hat festgestellt, dass der Auftrag auf dem elektronischen Portal der Agentur für Verträge des Landes Südtirols veröffentlicht wird,

hat festgestellt, dass die Gesamtausgabe für die **Schule** 1.342,00 Euro beträgt und hat festgestellt, dass die finanzielle Verfügbarkeit gegeben ist und dass die Ausgabe im Finanzjahr 2024 getätigt wird und



verfügt

1. aufgrund der oben angeführten Begründung und nach Feststellung, dass kein Interessenkonflikt besteht, mit dem oben genannten Wirtschaftsteilnehmer, einen öffentlichen Auftrag, zwecks Ankauf der oben genannten Lieferung oder Dienstleistung zu einem Vertragswert von 1.342,00 € plus IVA und Sicherheitskosten angepasst, abzuschließen;
2. die Anlage 1, Begründung über die Auswahl des Vertragspartners ist wesentlicher Bestandteil dieses Dekrets;
3. EPV („RUP“) dieses Verwaltungsverfahrens ist Aschbacher Gertraud.

Die Direktorin
Aschbacher Gertraud
(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)